

Podiumsdiskussion der DUG am 20.01.2010 in Bonn

Allgemeine Begrüßung

Besonderer Willkommensgruß:

- Herrn Geschäftsträger Botschaftsrat Abduganiev,
- Herrn Generalkonsul a. D. Dr. Wolfgang Runge,
- Herrn Ehrenpräsident Staatsminister a. D. Schwarz.

Bei Ihnen, Herrn Dr. Runge, bedanke ich mich für die Kooperationsbereitschaft der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik - Forum Nordrhein-Westfalen. Wir führen ja diese Veranstaltung gemeinsam durch.

Weiter begrüße ich ganz herzlich als unsere Gäste und Diskutanten:

- Herrn Dr. Stefan Meister vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik,
- Herrn Dr. Bahodir Sidikov, einen Orientwissenschaftler und Politikberater,
- Herrn Matthias Weckeling von der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit.

Auch das eigene Potential unserer Gesellschaft ist aktiv mit dabei. Ich begrüße:

- Herrn Botschafter Dr. Reinhard Bindseil, der während seiner aktiven Zeit unser Land als Botschafter in Usbekistan vertreten hat,
- Frau Dagmar Hermann, unsere unermüdlich wirkende Geschäftsführerin und außergewöhnlich gute Kennerin Usbekistans,
- Herrn Dr. Peter Spary, den Mitinitiator dieser Veranstaltung.
Herr Dr. Spary war auf Einladung der usbekischen Regierung als Wahlbeobachter im Dezember des vergangenen Jahres vor Ort und er wird mit Sicherheit auch über seine interessanten Erlebnisse und Eindrücke berichten.

Für heute haben wir uns das Thema vorgenommen „Blickpunkt Usbekistan und Zentralasien“ im Allgemeinen und die „Zentralasienstrategie der Europäischen Union“ im Speziellen.

Ich habe selbst an einer Veranstaltungsreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung in einigen zentralasiatischen Ländern mit diesem Schwerpunktthema teilgenommen.

Vor Ort wurde ich immer wieder mit zwei Fragen konfrontiert:

- Erstens, eine mehr allgemeine Frage: Was ist der Grund für eine Zentralasienstrategie der EU? Welche Idee steckt dahinter? Welche Ziele werden damit verfolgt?
- Und zweitens, eine sehr direkte Frage: Warum umschreibt ihr mit eurer Strategie, dass ihr einzig und allein an unseren Energieressourcen interessiert seid?

Das Schielen nach Energieressourcen hat mit Sicherheit einen hohen Stellenwert, aber es ist nicht allein ausschlaggebend. Es gibt noch viele andere, gute und interessante Gründe.

Zunächst ganz allgemein: Gute nachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern haben noch nie jemandem geschadet – im Gegenteil.

Zentralasien ist in Zeiten des Internets, eines ständig wachsenden Flugverkehrs und des weltweiten Handels auch nicht mehr ganz weit weg – irgendwo im fernen Osten.

Im Geographieunterricht in der Schule haben wir gelernt, dass der Ural die Grenze zwischen Europa und Asien ist. Und daraus folgt, dass – wenn auch nur ein kleiner - aber immerhin ein Teil Kasachstans in Europa liegt.

Allein die geographische Nähe zu Zentralasien müsste schon als Grund ausreichen, dass die EU ein existentielles Interesse an Stabilität und Sicherheit in allen zentralasiatischen Ländern hat. Aber damit allein ist es natürlich nicht getan. Wir als Europäer haben auch aus ökonomischen und sicherheitspolitischen Gründen ein essentielles Eigeninteresse an einem stabilen und sicheren Zentralasien.

Zentralasien, Stabilität, Sicherheit:

Mit der Zentralasienstrategie bietet die EU einen auf die einzelnen Staaten abgestellten umfangreichen Katalog von Ideen, Hilfen, Programmen und Aktivitäten an.

Dazu beabsichtigt die EU die Mittel, die aus dem EU-Haushalt 2007-2013 für die Unterstützung der zentralasiatischen Staaten bereitgestellt werden sollen, zu verdoppeln. Für die wirtschaftliche Entwicklung dürfte nicht uninteressant sein, dass die Interaktion mit internationalen Finanzinstituten, darunter der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, gestärkt werden soll. Die Europäische Investitionsbank soll eine wichtige Rolle dabei spielen, in Zentralasien Projekte im Interesse der EU zu finanzieren.

Das sind nur einige wenige Beispiele dafür, dass die Zentralasienstrategie der EU durchaus ausgewogen ist und ein partnerschaftliches Geben und Nehmen anstrebt.

Bleiben wir bei Stabilität und Sicherheit:

Um Stabilität und Sicherheit zu erreichen – davon bin ich überzeugt – müssen wir auch einen Dialog über Demokratie, über Rechtsstaatlichkeit und über Einhaltung der Menschenrechte führen.

Der Eine oder Andere wird jetzt sagen: Muss dieses Thema schon wieder auf den Tisch! Ich meine Ja, denn wir haben in Europa – und ganz speziell wir in Deutschland - unsere Erfahrungen mit der Einhaltung bzw. Nichteinhaltung dieser Prinzipien gemacht. Und wir haben die Erfahrung gemacht, dass es Stabilität und Sicherheit ohne Einhaltung dieser Prinzipien auf Dauer nicht geben kann. Beispiele dafür gibt es in unmittelbarer Nähe der zentralasiatischen Staaten genug; hier nur das Stichwort: Uiguren.

Dabei wollen und dürfen wir nicht als eine Art Oberlehrer auftreten. Und schon gar nicht darf der Eindruck entstehen, dass wir uns in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen wollen.

Die zentralasiatischen Staaten sind junge und selbstbewusste Länder, die ihren eigenen Weg suchen und gehen müssen. Wir begleiten und unterstützen diesen Weg zu Demokratie gern.

Denn wir wissen: Auch unsere westeuropäischen Demokratien sind nicht gottgewollt und schon gar nicht vollkommen. Auch wir müssen ständig an deren Weiterentwicklung arbeiten.

Ein partnerschaftlicher Dialog - gelegentlich vielleicht auch einmal ein guter Rat – kann hier nicht von Schaden sein.

Denn: Wir in Europa haben aus Fehlern gelernt.

Auch gilt nach wie vor die alte Weisheit, dass das Rad nicht zweimal erfunden werden muss.

Um Stabilität und Sicherheit zu erreichen, brauchen wir natürlich eine enge Zusammenarbeit auf möglichst allen Ebenen.

Ich zitiere aus dem offiziellen Papier zur Zentralasienstrategie:

„Bei der Umsetzung der Ziele dieser Strategie wird sich die EU von den Grundsätzen des gleichberechtigten Dialogs, der Transparenz und der Ergebnisorientiertheit leiten lassen.“

Worum geht es im Einzelnen? Hier die wichtigsten Punkte in Stichworten:

- regelmäßige politische Dialoge,
- europäische Bildungsinitiative,
- Rechtsstaatlichkeitsinitiative,
- regelmäßiger, ergebnisorientierter Menschenrechtsdialog,
- regelmäßiger Dialog über Energiefragen.

Interessanter noch, als die einzelnen aufgeführten Punkte zu interpretieren, ist Frage, was im Einzelnen daraus geworden ist.

Nicht zuletzt in den Gremien des Deutschen Bundestages und der EU werden diese Fragen regelmäßig thematisiert.

So hat am 17. Juni des vergangenen Jahres die Bundesregierung vor dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe berichtet, dass zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in allen fünf zentralasiatischen Ländern so genannte Rechtsstaatsinitiativen eingeführt worden sind. Hierdurch soll eine institutionelle Verbesserung der Justiz erreicht werden. Auch internationale Standards in Gerichtsverfahren sollen gestärkt werden.

Bereits eingeführt wurden nach diesem Bericht auch Menschenrechtsdialoge, die hoffentlich zu einer regelmäßig stattfindenden Einrichtung werden.

Mit einem „*regelmäßigen Dialog über Energiefragen*“ kommen zwangsläufig die Wirtschaftsinteressen – hier speziell der Energiewirtschaft - hinzu.

Die EU ist nun einmal von externen Energiequellen abhängig. Und die Konkurrenz schläft nicht.

Ich persönlich glaube, dass wir in diesem Bereich unsere ureigensten Interessen bisher zu stark vernachlässigt haben. Andere Länder haben die Zeichen der Zeit längst erkannt und agieren weltweit überaus aggressiv, um sich möglichst viel an Rohstoff- und Energieressourcen zu sichern. Der Energiehunger – z. B. Chinas - ist allgemein bekannt; und die Rolle Russlands bei den Energieverteilungssystemen ebenso.

Und wenn erst die Länder Südostasiens oder gar Indien auf dem Sprung sind, zu ausgewachsenen Industrienationen zu werden, dürften die Konflikte um Rohstoffe und Energie an Intensität zunehmen, so zunehmen, wie wir es uns heute kaum vorstellen können.

Andere Länder bereiten sich auf diese Szenarien vor: Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die wachsende Bedeutung der „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“, in der China und Russland eine wichtige Rolle spielen.

Daher müssen auch wir unsere Hausaufgaben machen und die Zentralasienstrategie der EU bietet hierzu eine gute Grundlage.

Denn beide, die EU und Zentralasien, haben größtes Interesse an der Stärkung der Energiesicherheit als einem wichtigen Aspekt der globalen Sicherheit. Es besteht gemeinsames Interesse an einer Diversifizierung der Exportwege, der Nachfrage- und Lieferstrukturen und der Energieträger.

Ich bin mir sicher, dass sich die zentralasiatischen Länder sehr genau überlegen, mit wem sie Partnerschaften eingehen: Wer vor allem fair und zuverlässig ist.

Und noch einmal: Die Zentralasienstrategie der EU kann nur Erfolg haben, wenn alles, was wir vorhaben, für beide Seiten Vorteile bringt.

Noch ein paar Worte speziell zu Usbekistan:

Bei all diesen Überlegungen ist die besondere Bedeutung Usbekistans innerhalb Zentralasiens hervorzuheben. Denn, wenn Zentralasien von der Lage her als das Zentrum Asiens bezeichnet wird, dann ist Usbekistan wiederum das Zentrum Zentralasiens. Und allein schon weil dem so ist, ist ohne Usbekistan eine Zentralasienstrategie nicht denkbar.

Zugegebenermaßen haben wir Deutsche natürlich ein besonderes Interesse an Usbekistan, weil die Bundeswehr über Termez im Süden des Landes unsere Soldaten in Afghanistan versorgt. Leider läuft das bisher nicht immer spannungsfrei ist.

Aber Deutschland und Usbekistan verbindet weitaus mehr als Termez: Deutschland ist der sechs wichtigste Lieferant Usbekistans. Insgesamt belegt Deutschland mit 2,3 % am gesamten usbekischen Außenhandel Platz 9 unter den Handelspartnern.

Bei einer Verbesserung des Investitionsklimas und dem Abbau von Handelshemmnissen könnte das Volumen mit Sicherheit noch kräftig gesteigert werden. Und davon wiederum würden beide Seiten profitieren.

Ich hoffe, dass in der anschließenden Diskussionsrunde noch viele weitere und ebenso wichtige Punkte angesprochen werden: Aus- und Fortbildung, Gesundheit und Kindersterblichkeit, Wasserversorgung und Monokulturen in der Landwirtschaft, Umweltschutz und Aralseeproblematik, Terrorismus und Drogenhandel und nicht zuletzt der Tourismus.

Wer von uns hat nicht in seiner Jugend von der Seidenstraße geträumt: von Buchara, von Samarkand, von Chiwa, von Kokand.

Glücklich all die, die diese Stätten und die Menschen, die in ihnen leben, selbst kennen gelernt und erlebt haben. Ich zähle zu den Glücklichen.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass es viele, viele und gute Gründe dafür gibt, dass es mit dem Anbruch des 21. Jahrhunderts zu dieser neuen Partnerschaft zwischen der EU und den zentralasiatischen Staaten gekommen ist. Es gilt jetzt, sie mit Leben zu erfüllen.

Und es ist gut, wenn wir als Deutsch-Usbekische-Gesellschaft unseren – wenn auch ganz bescheidenen – Beitrag dazu leisten.